

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der Klassenkampf erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Preis pro Jahr monatlich 2,50 Mark, gegen die Post Steuern 2,60 Mark, ohne Postumschlag Berlin aus Druck-Verwaltungsgesellschaft für den Bezirk Halle-Merseburg GmbH, Halle, Vertriebsstraße 14

Herausgeber: Otto Kilian

Verlagspreis: 12 Gelddienste 1. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 20 Gelddienste 1. Zeilenumfang im Textteil. Manuskripte zu senden nach Halle, Vertriebsstraße 14. Tel. 1043, 1047, 2210. Telegramm-Adress: Klassenkampf Halle. Schriftleiter: Emmert u. Versteck, Halle. Vertriebsstellen: 1065-68 Fritz Kreis Halle

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Donnerstag, den 16. Juli 1925

5. Jahrgang * Nr. 150

Ruth Fischers Parteitags-Rede

(Eig. Drahim) Berlin, 16. Juli.

In der Mittwochnachmittagssitzung begann die politische Diskussion mit dem Referat der Genossin Ruth Fischer. Ihre Ausführungen begannen mit dem Hinweis auf die wüste See, die gerade in diesem Augenblick die SPD gegen uns entfaltet. Bei jeder Gelegenheit haben diese „Arbeiterräter“ versucht, mittels der bürgerlichen Staatsmacht unsere Arbeit unter den Arbeitermassen unmöglich zu machen. Die SPD hat das Parteiverbot 1923/24, sowie auch die Verfolgungen während der Reichstagswahlen veranlaßt. Die SPD hat noch in diesen Tagen mittels der „Leipziger Volkszeitung“ den Vertreter der Exekutive auf dem Parteitag der Hindenburg-Regierung demagogiert.

Jetzt wirt die SPD, uns vor, daß wir von dem, was wir früher konnten, etwas zurücknehmen und fertigieren. Demgegenüber stellen wir fest, daß wir — mögen einzelne Fehler begangen worden sein — in entscheidenden Hauptpunkten nichts zurückzunehmen haben.

Wir sind stets fest auf dem Boden des Klassenkampfes geblieben, die SPD hat stets Verrat an Klassenkampf betrieben.

Wenn die SPD heute gegen alle Verläufe zur Verhinderung der internationalen Einheitsfront, und insbesondere gegen die Arbeiterdelegation nach Sowjet-Rußland, eine wüste See entfaltet, so erfüllt sie nur ihre Pflicht gegenüber ihren kapitalistischen Auftraggebern. Die SPD weiß, warum sie gegen die Betriebsdelegationen steht: die Arbeiter werden in Rußland leben, was dort ist und werden dann bereit sein, es in Deutschland auszuüben.

Es zeigt sich schon heute, daß der Dames-Plan auf der ganzen Linie ernstlich verfehlt. Er bildet schon heute eine Hauptschwäche des Weltimperialismus, neben dem, die sich in Rußland, in China und Marokko riefenartig emporheben. Diese Konflikte treiben zu einem neuen Weltkrieg. Der Garantepakt ist zu nichts anderem da, als die Verteilung Deutschlands zu befestigen und den Krieg zu garantieren. Auch in Deutschland ist darum der Kampf um die nationale Freiheit mit dem um die soziale Befreiung verbunden. Erst der siegreiche Weltkrieg kann die Arbeiterklasse wieder das wertvollste Volk von den einheimischen und den fremden Räubern befreien.

Die Hoffnungen, die die Reformisten auf das Dames-Abkommen entwickelt haben, zerfallen. Auf der ganzen Linie ist die kapitalistische Konjunktur zusammengebrochen. Das Dames-Abkommen wird sich unmittelbar aus in den Schützlingen und in den Massenbewegungen. Nicht nur den Arbeitern, auch den Bauern und Klein-

bürgern, müssen wir klarmachen, daß die Schutzzölle nichts anderes sind, als die notwendige Folge des Dames-Paktes.

Wir haben heute die Differenzen auszunutzen, die im Gefolge der Hindenburg-Wahlen im Innern des Volksblocks entstanden sind. Und wir haben dabei eine langsame, mühselige Schulungsarbeit unter den breiten Arbeitermassen zu verrichten. Wir sind weit davon entfernt, unsere Taktik zu revidieren — das müssen die anderen tun.

Zu den Auseinandersetzungen innerhalb der Partei übergehend, führt Genossin Ruth Fischer aus, daß Genosse Weyer und die Ultralinien heute nicht verstehen, daß neue Situationen eine geänderte Taktik verlangen. Der Brief der Exekutive an den Parteitag charakterisiert sehr gut die Gründe der Lebensfähigkeit der SPD, die nur, dann besteht, wenn es dem Kapitalismus gut geht und die darum nicht nur die Revolution, sondern den Keim der „reformistischen“ Tagespartei vertritt. Auch die Dummheiten unserer Ultralinien haben der SPD ihr Spiel erleichtert und sind ein Hauptgrund dafür, daß sie noch lebt.

Zum Schluß wendet sich die Genossin Ruth Fischer gegen die Ausführungen Weyers und weist darauf hin, daß er in den Steuerfragen genau denselben Standpunkt vertritt wie Jannat und die übrigen Rechten. Wenn die Ultralinien zu Fraktionsbildungen übergehen sollten, so würden sie genau so auf dem eisernen Widerstand der Partei stoßen, wie die Brandler-Brute.

Berliner Massenmeeting der 20000 Der Parteitag begrüßt das Berliner Proletariat

(Eig. Drahim) Berlin, 16. Juli.

Das gestrige Massenmeeting in der „Neuen Welt“, das am Anlaß des 10. Parteitags der Kommunistischen Partei veranstaltet wurde, war ein Meilenstein auf dem Wege zur Organisierung der Revolution. 20000 Arbeiter waren dem Ruf gefolgt. Tausende begrüßten den Anmarsch des Roten Frontkämpferbundes, der Arbeiter, die aus über die Straße strömten, rote Fahnen aus den Fenstern der Wohnungen in den Arbeiterquartieren wehten und die Zeichen des gemeinsamen Bewusstseins der internationalen Bedauerns. Im Garten der „Neuen Welt“ fanden die Massen. Dann begann die Ansprache. Es sprach englische, französische und chinesische Genossen. Außerdem Vertreter der Parteileitung der Berliner Arbeiterklasse, des Roten Jugend-, Mädchenbundes, der Arbeiter, ein Sprecher der Jugend, des Jungpartisanenbundes, der Roten Hilfe und des Roten Frontkämpferbundes.

diese Soldaten ein Handelszölle, so wie ihre Schweine, Karzissen usw.

Nur durch den Freiheitskampf der Arbeiterklasse wird auch die Befreiung des deutschen wertvollen Volkes von den einheimischen und von den fremden Räubern verwirklicht werden.

Der Ortsausschuß des ADGB, Wittenbergs für den roten Tag in Halle am 25. und 26. Juli

Das Wittenberger Gewerkschaftsrat hat am 10. Juli einstimmig folgenden Aufruf beschlossen:

Durch die Außenpolitik der Kauter-Regierung besteht die Gefahr, daß Deutschland Aut- und Durchmarschgebiet für einen imperialistischen Angriff gegen Sowjet-Rußland wird. Der Garantepakt und die Bemühungen um den Eintritt in den Völkerbund sind nichts anderes, als die Vorbereitungen zu einem allgemeinen Angriff auf den Arbeiterstaat Sowjet-Rußland.

Am 2. August führt zum ersten Male der Tag des eintretenden Weltkrieges. Heute droht dieselbe Gefahr.

Arbeiter, Gewerkschaftscollegen und Kolleginnen! Habt Ihr die Millionen Gefahren vergessen? Die Millionen, die für die kapitalistische Profitwirtschaft ihr Leben lassen mußten? Wenn Ihr nicht die Gewalt eines Krieges durch zahlreiche und unerfährliche Ausbeuter wiederholen lassen wollt, dann macht jetzt gegen derartige Unthätigkeit.

Die imperialistischen Staaten stehen in einer Front gegen den einzigen Arbeiterstaat Sowjet-Rußland. Wir sind mit diesem Arbeiterstaat untrennbar verbunden.

Die Massen des arbeitenden Volkes müssen Vorbereitungen treffen, um den imperialistischen Krieg unmöglich zu machen.

Der Ortsausschuß des ADGB, Wittenberg hat Kenntnis erhalten, daß am 25. und 26. Juli in Halle eine rote Antikriegs-demonstration stattfinden soll.

Der Ortsausschuß des ADGB, Wittenberg ruft alle Arbeiter und Gewerkschaftscollegen der antikapitalistischen Organisationen auf, sich geschlossen an dieser Protestkundgebung in Halle zu beteiligen.

Der letzte Akt des Zollkampfes?

Halle, 16. Juli.

Nächste Woche soll im Reichstag der „Endkampf“ um die Schutz-zollvorlage beginnen. Alle bürgerlichen Parteien bereiten uns bereits „schonend“ auf sein Ergebnis vor: der Zollkampf soll durch-gelöst werden. Gierig ist nur noch die Form: die Deutschnatio-nalen beziehen auf ihrem Schin, auf der verprochenen Einführung von Getreidezollzuschüssen, und die Regierung hat, wie wir an anderer Stelle berichten, ihnen auch als Entgelt für den gelobten „nationalen“ Verrat die uneingeschränkte Bewilligung ihrer Zoll-wünsche zugesagt. Auf der anderen Seite berichten Sozialdemo-kraten und Demokraten voll Freude und Zufriedenheit (insbeson-dere unter liebes „Volksblatt“) tann sich vor Jubel nicht fassen, daß das Jotrum und ein Teil der Deutschen Volkspartei sich auf denselben Standpunkt in der Zollfrage gestellt haben wie die So-zialdemokraten.

Der Standpunkt liegt also danach aus: Dazwischen befindet die sozialdemokratische Presse, daß sie nur gegen die Zolldrohgefahr sei, die von den Handelsvertragsverhandlungen unabhängig ist, gegen autonome Zölle, die im Wege der Handelsvertragsverhandlungen herbeigeführt werden können, habe man grundsätzlich nichts einzu-wenden. Und in dieselbe Horn bliesen die verschiedenen demo-kratischen und sozialdemokratischen Bundesgenossen. Man will durch die Aussicht auf künftige Herabsetzung der Zölle den Arbeitern den Zollmüher schmackhaft machen. Aber man verweigert ihnen, daß man inheimisch bemüht ist, die Handelsvertragsverhandlungen so durchzuführen, daß dabei von den Zöllen möglichst wenig abge-handelt wird. Insbesondere die Deutschnationalen, die mit Jotrum und Volkspartei in einer Regierung sitzen und nur von der fünfzigjährigen Einübung des Sozialdemokraten leben, werden natürlich bei jeder Vertragsverhandlung bemüht sein, von den Lebensmittelmöglichkeiten möglichst gar nichts abzuhaken zu lassen. Und die schmarotzigen Heiden werden ihnen kein „Kompromiß“ schon genähig weit entgegenkommen! Und außerdem haben die Vertrags-zölle noch einen ganz besonderen Haken, den man natürlich den Arbeitern verheimlicht: durch das neue Zollsystem soll auch derjenige Teil der Deutschnationalen, der heute noch in der Sicherheitsfrage aus der Reichs-tanz, am Kriegsbüchlein gegen Sowjet-Rußland interessiert ist. Wenn die Höhe der deutschen Einfuhrzölle für zünftiges Getreide von den Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutsch-land und Rußland abhängig ist, dann haben natürlich alle Agrar-ler ein hartes Interesse an möglichst höchsten Beizugungen zu Sowjet-Rußland, damit die für sie so unangenehme Getreideein-fuhr möglichst vermindert wird. Aber die Sozialdemokraten gehen in ihrer Kompromissfreudigkeit noch weiter: hier und deutlich wird der Gewalts „steigende“ Schutz, der mit sozialdemokratischer Hilfe in der Tischschloßkammer und in Deckkraft durchgeführt ist, als Rettungsanker gesehen. Jeder Arbeiter weiß, daß die gleitenden Zölle tatsächlich darauf hinauslaufen, den Lebensmittelpreis unabhängig von der Einwirkung der Preise aller anderen Produkte auf seiner gegenwärtigen enormen Höhe festzuhalten. Und ohnedies wird bei allen „Verbesserungen“, die von den Re-formisten und ihren Helfershelfern an der Zollvorlage vorgeschlagen werden, einer der wichtigsten Punkte überhaupt außer acht gelassen. Das Entzern der Einfuhrzölle soll praktisch bestehen bleiben, d. h. jeder, der Getreide und andere Lebensmittel ausführt, erhält dafür einen Guldschein in der Höhe des bei der Einfuhr derselben Getreide-menge zu entrichtenden Zolls. Diesen Guldschein kann der betreffende Agrarier an Getreidehändler verkaufen, die Getreide einführen wollen und dafür Zoll bezahlen müssen. Er erhält also geradezu eine Befreiung aus Staatsmitteln dafür, daß er Lebensmittel ins Ausland verschifft und dadurch die Inlandspreise in die Höhe ge-trieben hat — was ja auch Zweck der ganzen Zollvorlage ist.

Der Arbeiter, mit dem die Arbeiterfront in das Reich des Zoll-müher gelockt werden soll, sind die Industriezölle, durch die das „Gedeihen der nationalen Industrie“ gefördert werden soll. Von der Schwerindustrie bis zu den Sozialdemokraten begreifen sich die bürgerlichen Parteien für diesen „Schutz der nationalen Arbeit“ wiederholt hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erklärt, daß sie der deutschen Wirtschaft das „Schutzschild der Industriezölle“ nicht versagen wolle. Natürlich immer mit der bewährlichen Ver-sprechung, daß diese Zölle bei den Vertragsverhandlungen herab-geleitet werden. Auch Otto Wels hat ja in seiner Rede auf dem letzten mitteldeutschen Bezirksparteitag seine Nase für die In-dustriezölle gebrochen und dabei, dank der besonderen Schlapp-schwanzigkeit unserer halbfähigen Sozialdemokraten, einmütigen Bei-fall gefunden. In Thüringen ist es ihm freilich anders ergangen: Dort hat sich der sozialdemokratische Bezirksparteitag gegen den Willen des Parteivorstandes gegen alle, also auch gegen die In-dustriezölle, ausgesprochen. Es ist auch klar, daß die Industriezölle, genau so wie die Agrarzölle, wenn sie nur erst einmal da, bei Vertragsverhandlungen nicht herabgeleitet werden. So wie bei den Agrarzöllen die Deutschnationalen darauf bestehen werden, sich bei Handelsvertragsverhandlungen nichts abhandeln zu lassen, genau so werden es bei den Industriezöllen die Parteien der Stadtbür-gerliche sein. Die Sozialdemokratie, mütterlich besorgt um die Kon-tinuitätsfähigkeit der heimischen Industrie, wird die Schwerindustrie dabei unterstützen, und das Ergebnis wird, genau so wie meist bei den Parlamentarischen Verhandlungen, ein „Kompromiß“ sein: hohe In-dustriezölle und hohe Agrarzölle. Wenn man für die Industriezölle ist, dann muß man auch für die Agrarzölle sein: Denn durch die

Nationaler Verrat für Zollwucher

In den letzten Tagen haben mehrmals die bürgerlichen Blätter aller Richtungen großaufgemachte Meldungen über einen Konflikt innerhalb der Reichsregierung zwischen Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei gebracht. Bei der Beratung der Ant-wortnote auf die französische Erklärung zu Sicherheitszöllen sollen sich angeblich Herr Schiele als Hüter der nationalen Interessen und Herr Stresemann ganz gehörig in die Haare geraten sein und Stresemann soll sich angeblich mit dem Ge-danken getragen haben, vor verarmtem Reichstag eine Erklärung-nahme der Deutschnationalen herbeizuführen. Wir wissen nun, was der ganze Schwindel da war: die nationale Empörung der Deutschnationalen über den Sicherheitszöllen wurde nur gemimt, um ihre wüßige Inhaft am so teuer verkauften zu können; je größer das Geschrei, über den nationalen Verrat, den die Völkerverbundpolitik bedeutet, desto höher der Preis, der den nationalen Helfen gejagt werden muß, damit sie sich an Landesverrat beteiligen.

Getreu gab die Reichsregierung bekannt, daß in ihrer Mitte ein vollkommenes Einigung über die an Frankreich ab-zulebende Antwortnote zustande gekommen sei und gleichzeitig wird auch der Preis ganz genau gelistet, der den Deutschnatio-nalen dafür entrichtet wurde:

Dienstag vormittag fand eine Besprechung der Vertreter der Regierungsparteien über die Behandlung der Zollvorlage im Reichstag statt. Es wurde festgestellt, daß an der schiefen Ver-berichtigung der Vorlage, auf jeden Fall nur vor dem Reichs-tagessieger, festgehalten werden müssen.

Besonders wichtig ist die ausdrückliche Erklärung der Reichs-regierung, daß sie auf der Einführung der Agrarinduzölle be-harren und daß ohne sie die Zollvorlage für die Regierung un-gleichende Zölle, Wirtschaftszölle und Verhandlungszölle müße annehmbar sei. Alle irgendwo gearteten Veränderungen, wie die Regierung ablehnen.

Die Schutzzölle sind also das Weckgeld, das aus den Taschen der Arbeitenden den Deutschnationalen für Einwirkung in das antirussische Kriegsbüchlein und für ihre übliche Hinwerfung unter den „Verbleib“ gezahlt werden soll.

Jeber, der ehrlich für den Kampf gegen die nationale Unter-drückung eintritt, muß einsehen, daß er von den Deutschnationalen schändlich um Ohr gehauen wurde. Die „nationale Ehre“ ist für

Industriegebiete werden die Preise aller von den Bauern benötigten Artikel in die Höhe getrieben und die Agrarier haben dann vollkommen Recht, wenn sie für „gleichmäßige Behandlung von Industrie und Landwirtschaft“ eintreten. Wer gegen die Agrarier ist, der muß vor allen Dingen versuchen, die Kleinbauernmassen von der Führung der Agrarier loszureißen, die im Bunde mit der Schermerhain für Vertreibung der Industrie und Agrarprodukte, also für Ausmüderung der Arbeiter und Kleinbauern, eintreten. Er muß gemeinsam mit den Kleinbauern kämpfen gegen die Agrarier, aber nicht gegen die Industrie, die im Bunde mit den Kleinbauern und Arbeiter gegen einander ausspielen versuchen.

Es war also richtig, wenn sozialdemokratische Arbeiter in breiten Teilen des Reiches sich gegen alle Ziele aussprachen. Aber es war, wie alle „linken“ sozialdemokratischen Rundgebungen, halb. Es genügt nicht, gegen die Ziele Resolutionen zu fassen, man muß gegen sie kämpfen, und man kann diesen Kampf nicht im Parlament mit den Methoden eines galtschigen Föderalismus führen. Man kann gegen die verbündeten Junker und Schwerindustrie nicht kämpfen, wenn man sich mit der Schwerindustrie verbündet, sondern nur dann, wenn man die Arbeiter und Kleinbauern zum Kampf gegen beide mobilisiert. Die Kommunistische Partei hat den Sozialdemokraten und dem UDSG. positive Vorschläge darüber gemacht, wie dieser Kampf geführt werden soll: parlamentarische Opposition (das haben die Reformisten schon bleiben lassen), Volkskassette nach Annahme des Bürgergesetzes im Reichstag, MassenDemonstrationen und Streikaktionen gegen jeden Versuch der Bourgeoisie, sich um ihre eigenen demokratischen Geleise herumzudrehen.

Man kann über diese Vorschläge reden, kann noch Verbesserungsvorschläge — aber kein Reichstag kann behaupten, daß unsere Vorschläge nicht vollkommen durchführbar wären, haben doch die Sozialdemokraten selbst ihre Klappe mit dem Volkskassette ganz gehörig vollgenommen. Jetzt haben sie Angst vor der eigenen Courage. Der letzte Reichstagsparlament hat bereits beschloffen: nur unter Umständen den Volkskassette durchzuführen. Jeder Arbeiter weiß, daß dies keine leere Phrase ist und daß die „Umstände“ nie mehr eintreten werden.

Die Arbeiter in den Betrieben und Gewerkschaften dürfen sich von dem Schwindel nicht einlassen lassen. Mögen die Herren Reformisten glauben, daß mit ihrem Kuhhandel die Forderung entschieden ist und daß sie dann aus der weiteren Veredelung der Arbeitermassen einen Schläger für Wahlveranstaltungen machen können: Sie werden sich irren. In diesen Tagen, wo sich im Parlament das Schicksal der „Republik“, fordern wir die Betriebsarbeiterschaft nochmals auf, in den Betrieben die wirkliche Entscheidung herbeizuführen. Nehmt zu unseren Vorschlägen Stellung, diskutiert sie. Macht Verbesserungsanträge, aber einigt Euch auf eine gemeinsame Plattform, bildet gemeinsame Aktionskomitees sozialdemokratischer und kommunistischer Arbeiter gegen den Zollwucher, ruft von den Betrieben heraus die Arbeiterschaft ganz Mitteldeutschlands, die Arbeiter und Kleinbauern des ganzen Reiches zur gemeinsamen Kampffront gegen den Zollwucher auf. In mehreren Berliner Bezirken sind die gemeinsamen Abwehrkomitees veranstaltet. Wir fordern Euch auf, auch in Mitteldeutschland dem Beispiel Folge zu leisten. Die Einleitung des Volkskassette gegen den Zollwucher, nötigenfalls über die parlamentarischen „Arbeitervertreter“ hinweg, muß das nächste Ziel unserer Aktion sein.

Entschlossene Kampfstimmung bei den Berliner Gas- und Wasserwerten Der sozialdemokratische Polizeipräsident will die Teno einlegen

Im Lohnstreik bei den Müllischen Gas- und Wasserwerken haben den ganzen Tag Verhandlungen stattgefunden, um den Ausbruch des mit überwiegender Mehrheit beschlossenen Streiks zu verhindern. Die Direktoren, von denen jeder 2500 bis 3000 Mark Monatsgehalt bezieht, haben die Arbeiter in den Verhandlungen nicht und nur die Besetzung mit dem Hinweis auf die Folgen der Behinderung der Gas- und Wasserlieferung auf. Das ist recht, daß von den Gewerkschaften alle Mittel erschöpft werden, um den Streikansatz zu verhindern. Der Hauptvorwand hat dem Streikführer der Handlungsdirektion gemacht, daß die Verhandlungen nicht mehr weitergehen, sondern in neue Verhandlungen eingetreten. Der Erfolg war, daß die Direktion gegenüber der Forderung der Arbeiterschaft auf 20 Pf. Lohnerhöhung im Juli, die Erhöhung auf 4 Pf. Lohnerhöhung, dafür aber den Abschluß des Tarifes bis 31. November forderte. Die Erzeugung der Arbeiterschaft über diese Zunahme ist ungenügend. Am Donnerstagabend fand eine Resolution der Arbeitermassen statt, in der die weiteren Schritte beschlossen werden sollten. Der sozialdemokratische Polizeipräsident droht immer schärfer mit dem Einlag der Tennen, nötigenfalls über die Besetzung mit dem Hinweis auf die Folgen der Behinderung der Gas- und Wasserlieferung auf. Das ist recht, daß von den Gewerkschaften alle Mittel erschöpft werden, um den Streikansatz zu verhindern. Der Hauptvorwand hat dem Streikführer der Handlungsdirektion gemacht, daß die Verhandlungen nicht mehr weitergehen, sondern in neue Verhandlungen eingetreten. Der Erfolg war, daß die Direktion gegenüber der Forderung der Arbeiterschaft auf 20 Pf. Lohnerhöhung im Juli, die Erhöhung auf 4 Pf. Lohnerhöhung, dafür aber den Abschluß des Tarifes bis 31. November forderte. Die Erzeugung der Arbeiterschaft über diese Zunahme ist ungenügend. Am Donnerstagabend fand eine Resolution der Arbeitermassen statt, in der die weiteren Schritte beschlossen werden sollten. Der sozialdemokratische Polizeipräsident droht immer schärfer mit dem Einlag der Tennen, nötigenfalls über die Besetzung mit dem Hinweis auf die Folgen der Behinderung der Gas- und Wasserlieferung auf.

Baul Levi als Herausgeber

Was Herr Paul Levi für ein Kollaborateur geworden ist, seit er von der SPD einen unheimlichen Siech erkrankt, weiß er. Was Herr Paul Levi für ein Herausgeber geworden ist, weiß mancher wohl noch nicht und er soll es drum hier erfahren. Seit ihm das matte Gesicht der linken Opposition in der SPD viel Zeit belästigt, betätigt sich Herr Paul Levi als Herausgeber von nichts geringem als Schriften Rosa Luxemburgs, so der „Einführung in die Nationalökonomie“, die im Laubhagen Verlag vor einiger Zeit erschien. Wir wollen hier nicht die näheren Umstände erzählern, die gerade ihm zum Herausgeber machten. Genug, nachdem er als Korrespondent der SPD. das Manuskript einzelner mit dem Levi-Kauf als unbeschränktes Verlagsrecht angesehen und die Druckerei munter gleich zum Auslegen. Die übrigen Bedingungen, an die das Herausgeberrecht geknüpft war, werden überhaupt nicht erfüllt, bis ein heranzudringender Prozess die Situation ortsnah macht. Da riefte Paul Levi das Manuskript heraus und auch das längst fällige Honorar wurde gezahlt. Das Manuskript wurde nun von zwei Genossen mit der von Levi befohlenen Ausgabe versehen. Das Ergebnis war eine Lebensrettung. Mehr als 500 (hundert) Exemplare wurden auf 200 Seiten gefertigt. Nicht gezahlt dabei sind alle jene Manuskripten vom Manuskript, bei denen sich eine Besetzung des Textes durch den Herausgeber bemerkbar ließ, gleichgültig ob sie in gelungen betrachtet werden kann oder nicht. Kein Ausbeben soll auch von den

Kampfstimmung unter den Elektrizitätsarbeitern in Rheinland-Westfalen

(Eig. Drahtm.) Düsseldorf, 18. Juli.
Die Kampfstimmung der Arbeiter in den Betrieben Gas, Wasser- und Elektrizitätswesen hat auch den Kampfwillen der Arbeiter in Rheinland-Westfalen bedeutend gesteigert. Ein Schlichtungsversuch, der nur 3 Pf. Lohnerhöhung vorsah, wurde unter dem Druck der Arbeiter von den Gewerkschaften abgelehnt. Die Unternehmer nahmen an und beantragten Verbindlichkeitsklärung. Die Reformisten warden nun auf diese Verbindlichkeitsklärung. Die Elektrizitätsarbeiter sind aber gegen dieses Vorgehen und verlangen Kampfmassnahmen.

Neue Generaloffensive der Kohlenbarone Vor großen Kämpfen

(Eig. Drahtm.) Düsseldorf, 16. Juli.
Die „Königliche Volkzeitung“ meldet unterm 13. Juli aus dem Ruhrgebiet: „Vor den neuen Kämpfen um die Arbeitszeit im Bergbau“. „Wie verstanden, wird der Zehnjährigen mit seiner heutigen Sitzung beschließen: Das Abkommen mit den Bergarbeiterverbänden bezüglich des Abkommens und der Arbeitszeiterhöhung zu kündigen, da bei der durchaus misslichen Lage des Ruhrbergbaus die Vorkriegsarbeitszeit wieder eingeführt werden soll. Diefem kommenden Beschluß wird seitens der Bergarbeiterchaft das Abgehören mitregnet entgegengetrieben werden müssen und es sind die schwersten Kämpfe zu erwarten.“
„Wie wir erfahren, hat der Zehnjährigen tatsächlich den Beschluß gefasst, mit allen Mitteln eine Verlängerung der Arbeitszeit auf 8 1/2 Stunden unter Tage und dementsprechend auch eine Verlängerung der Arbeitsstunden über Tage zu erwirken. Ebenso die Aufhebung der dreizehntägigen Schicht in den Kohlefeldern, in dem sie erst vor kurzem für einen Teil der Arbeiter eingeführt wurde.“

Der Außerwählungsbeitrag vollendet Berlin, 18. Juli.

In der gestrigen Sitzung des Reichstages wurde in dritter Lesung die Kompromissfassung des Gesetzes über die Aufwertung von Hypotheken und sonstigen Anleihen in namentlicher Abstimmung mit 230 gegen 197 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Autister ohne Ration aus der Haft entlassen Berlin, 15. Juli.

Unter Abänderung ihres Beschlusses vom 4. Juli hat die erste Strafkammer des Landgerichtes I nunmehr den Haftbefehl gegen den ehemaligen Generaldirektor der Stein-Zahn, Man Autister, aufgehoben. Diefem Beschluß liegt ein ärztliches Gutachten zugrunde, wonach bei Autister wegen einer starken Blutdrucksteigerung Lebensgefahr besteht und auch von letztem Verbleiben in der Haft mit der Verhinderung seiner Verhandlungsmöglichkeit nicht zu rechnen ist. Von der Stellung einer Ration hat die Strafkammer Abstand genommen, weil nach glaubwürdigen Angaben der maßgebenden Stellen die finanzielle Lage des früheren Generaldirektors die Verbringung irgendwelcher Geldmittel unmöglich macht.

Beschädigung der Schiffe-Flotte an Amerika

Zu einem so großen Aus, wie dem zunehmenden Eintragskonkurs können die Auslager aus weiter Ferne. Nach zuverlässigen Meldungen sind der amerikanische Konzernfirma Harlan und die beiden Vizepräsidenten seiner Bank nach Hamburg abgereist, zugleich mit dem Generaldirektor der United American Schiffahrtlinie. Zwei dieser Reife ist die Erwerbung der Sinesischen Schiffahrtsgesellschaft durch Sarriam, hinter dem wieder Rockefeller steht. Der deutsche Export braucht also nicht zu glauben, daß er sich in Morgans Hände findet; auch unter den amerikanischen Großkapitalisten gibt es Konkurrenz, und wie es scheint, auch um seine Haut. Daß die „nationale“ Einkaufung der Sinesischen Flotte nicht vor der Verzerrung der wichtigsten deutschen Interessen, wie der Schiffahrtlinie des Sinesischen Konzerns an das Ausland, läßt, sei nur nebenbei festgestellt.

Ausperrungen und Streiks Dresden, 14. Juli.

Der Kampf der Metallarbeiter hat gekern eingeleitet. In den Streik getreten sind heute das Schmelzen in Niederbühl mit 2000 Mann Besetzung, Universelle, Vitauer Straße, 400 Mann, Friedrich-August-Platz 200 Mann. In die Bewegung sind hineingezogen die Hilt-Kürten, Seidel & Naumann, Tisch & Co. Die Bewegung hat sich aus der Besetzung mit dem Hinweis auf die Folgen der Behinderung der Gas- und Wasserlieferung auf. Das ist recht, daß von den Gewerkschaften alle Mittel erschöpft werden, um den Streikansatz zu verhindern. Der Hauptvorwand hat dem Streikführer der Handlungsdirektion gemacht, daß die Verhandlungen nicht mehr weitergehen, sondern in neue Verhandlungen eingetreten. Der Erfolg war, daß die Direktion gegenüber der Forderung der Arbeiterschaft auf 20 Pf. Lohnerhöhung im Juli, die Erhöhung auf 4 Pf. Lohnerhöhung, dafür aber den Abschluß des Tarifes bis 31. November forderte. Die Erzeugung der Arbeiterschaft über diese Zunahme ist ungenügend. Am Donnerstagabend fand eine Resolution der Arbeitermassen statt, in der die weiteren Schritte beschlossen werden sollten. Der sozialdemokratische Polizeipräsident droht immer schärfer mit dem Einlag der Tennen, nötigenfalls über die Besetzung mit dem Hinweis auf die Folgen der Behinderung der Gas- und Wasserlieferung auf.

Stagen, 14. Juli.

Die Unternehmer haben ihre Drohung, die Metallarbeiter auszusperren, wahrgemacht. Die gesamten Metallarbeiter, 5000 an der Zahl, sind ausgesperrt. Die Unternehmer haben den Schlichtungs-

der einen Zuschlag von 8 Prozent auf den Grundlohn forderte, abgelehnt. Als darauf die Besetzung der Baumarbeiter-Werte in den Streik trat, antworteten die Unternehmer mit der Gesamtansperrung.

Vorheim, 14. Juli.
Von den in der Vorheimerei Schmelzindustriebeschäftigten 34 000 Arbeitern haben heute infolge des rigorosen Vorgehens der Unternehmer 20 000 die Arbeit niedergelegt.

Vom Kampf der Bauarbeiter

Es liegen heute aus einer Reihe von Orten genaue Meldungen über den Umfang der Ausperrung vor. In Halle sind vier Unternehmungen und insgesamt 100 Arbeiter von der Ausperrung nicht betroffen — also nur ein verhältnismäßig kleiner Bruchteil. Dagegen wollen in Wittenberg die Arbeiter, die dem Arbeitgeberverband nicht angehören, weiter arbeiten lassen und suchen über die zu arbeitenden Betriebe einzuwirken. In Wittenberg wird auf den Regierungen im vollen Umfang weitergearbeitet. Die Arbeiter müssen sich diese Schmach anzugemessen und den Unternehmern, die an der Ausperrung nicht teilnehmen wollen, Forderungen stellen, die den dort Beschäftigten eine auskömmliche Existenz ermöglichen.

Ein dringender Appell muß an alle Kollegen der im Baugewerbe beschäftigten noch nicht unmittelbar von der Ausperrung betroffenen Berufe gerichtet werden. In verschiedenen Betrieben, wo die Maurer und Zimmerer ausgesperrt wurden, arbeiten Maler, Glaser, Steiniger, Dachdecker usw. jetzt weiter. Diese Kollegen müssen einsehen, daß sie durch ihr Verhalten tatsächlich das Treiben der Schafmacher fördern. Wenn die Sand- und Kiesgrubenbesitzer, sowie die Fuhrwerksunternehmer allen aus der Reihe springenden Arbeitgebern die Zufuhr sperren, da müssen doch Proletarier zumindest das gleiche Maß an Solidarität aufbringen. Die Unternehmer möchten gerne zunächst einmal die Bauarbeiter selbst niedersperrn, um dann über die anderen Gruppen herfallen zu können. Es ist notwendig, daß die Kollegen diesen Plan vereiteln. Auf einem Betrieb, der auch nur einen Kollegen ausgesperrt hat, darf kein Proletarier auch nur einen Handschlag tun.

Heute findet in Halle eine Streikverhinderung des Baugewerbes statt. Es ist unbedingt notwendig, daß alle Kollegen sich darüber klar werden, daß die augenblickliche Behinderung der Einheitsfront durch den Baugewerksbund tatsächlich auf eine Unterdrückung des Unternehmerkampfes hinausläuft. Darum müssen die Kollegen des Baugewerksbundes heute dafür sorgen,

daß ihre Organisation an der Zentralstreikleitung teilnimmt und sich auch für ein gemeinsames Vorgehen gegen die Unternehmer, die noch nicht ausgesperrt haben, erklärt.

Gleich muß aber mit aller Energie verlangt werden, daß die wichtigste Lehre aus dem gegenwärtigen Kampfe gezogen und die organisatorische Wiedervereinigung aller Baugewerke im Baugewerksbund unverzüglich vollzogen wird. Auf beiden Seiten müssen Bestimmungen aus der Vergangenheit zurückgestellt werden. Wir sind überzeugt, daß die Gesamtheit der ausgeschlossenen Bauarbeiter zur vollkommenen organisatorischen Verwirklichung bereit ist und erwarten von dem Solidaritätsbewußtsein der Kollegen im Baugewerksbund das gleiche. Die Früchte eines solchen Zusammengehens werden sich schon im Verlaufe des gegenwärtigen Kampfes bemerkbar machen.

Die Unternehmer, spezialisiert auf die Uneinigkeit der Baugewerkskollegen des Baugewerksbundes, macht ihnen heute einen dicken Strich durch die Rechnung!

Achtung, Schuhmacher!

Die Wahlen zum Gewerkschaftskongress und zum internationalen Kongress der Arbeiter müssen am 19. Juli stattfinden. Der Verband der Schuhmacher Deutschlands hat je sechs Delegierte zum Gewerkschaftskongress in Breslau und zum internationalen Kongress der Arbeiter in Paris zu wählen. Nach den Beschlüssen des letzten Bundeskongress gilt der Kongress und der Arbeiterkongress als verbindlich, so daß nur noch der Kongress zur Wahl steht. Die Wahlen müssen durch Urwahl vorgenommen werden. Die oppositionellen Kollegen haben den Genossen

H 2 3, Berlin

als Kandidaten aufgestellt. In unserem Wahlbezirk gehören: Gassen, Berlin, Dürrenberg und Havel. Die Opposition hat auf beiden Kongressen den Kampf zu führen um die Einheit der Gewerkschaften, die den Ausbau der Gewerkschaften zu Massenkampforganen, die Industrieverbände, die den Kampf auf den Bund, die Erklärungen einer geschlossenen Front für alle Arbeiter, die Einleitung einer Gewerkschaftsdelegation nach Ausland! Kollegen und Kolleginnen! Geh! alle reiflich zur Wahl und gebt eure Stimme dem oppositionellen Kandidaten, dem Genossen H 2 3!

merlungen, wie „Lieb. 245“. Es handelt sich, wie auf Seite 64 (180 Seiten weiter vorn) der Reichs Ausgabe zu finden ist, um das Buch der russischen Professoren Sieber „Das Accardo und Kart Marx“. Und wer konnte raten, daß mit „D. 295“ auf Seite 60 Darwins „Reise eines Naturforschers um die Welt“ gemeint ist? Wenn man sich die Art der Herausgabe anschaut, kommt immer wieder der Verdacht, Herr Levi hat das Manuskript gar nicht gelesen. Es müßte ihm sonst aufgefallen sein, daß den einzelnen Kapiteln eine große Zahl von Notizen beiliegen, die als Anmerkungen zu bestimmten Textstellen dienen sollten. Es ist wahr, den Platz für einige dieser Anmerkungen zu finden, kostet etwas Mühe. Bei einer Anzahl hat aber die Verfasserin die Stellen bereits angegeben, zu der sie gehören. Diese Notizen sind also nicht fiktional, sondern wirklich 10 Druckseiten. In ihnen ist sehr wertvolles Material enthalten. Herr Levi sollte sich dabei aufhalten? Wer könnte das von einem so großen Mann verlangen? Es genügt, daß auf dem Titel steht: Herausgegeben von Paul Levi und daß man mit einem Vorwort prant, das als geistreich angesehen werden kann.

Im Vorwort sagt Herr Levi von den Läden in dem Buch: „Es läßt sich aus dem Nachsatz nicht feststellen, worauf diese Läden beruhen: Daß darauf, daß der läche Abdruck ihres Lebens die Verwirrung verbindet hat, das, was sie beschaffte, zu Ende zu bringen, ob darauf.“ Es läßt sich feststellen, daß die Teile des Manuskripts von den Notizen gelassen oder vernichtet worden sind. Aber es ist gewiß, daß das Werk nicht fertig war. Das zeigen viele Randnotizen für eine normale Bearbeitung. Das zeigen vor allem sehr ausführliche Notizen und Skizzen für folgende Kapitel.

Es umfassen 15 bis 20 Druckseiten. Wer einen solchen Text herausgibt, hat die Pflicht, dem Leser wenigstens einen Begriff von dem zu geben, was sich der Verfasser für Angaben gefüllt hat. Dazu konnten diese Skizzen, abgesehen von den anderen vorhandenen Wichtigkeiten dienen. Schmal Herr Levi hat nicht nur, weil ihm gewisse Dinge unangenehm, seine heutige politische Stellung getreut hätten, wie etwa die Karte London, daß ohne politische Wiedereroberung kein Sozialismus möglich ist? (Schluß folgt.)

Sonntag, den 19. Juli, Großwerbetag der KZ. in Halle

Jedes Mitglied verkauft zehn „Junge Garde“ und wirbt zwei neue Mitglieder

Heute ist Mitgliederversammlung!

In allen Distrikten treten heute die Parteigenossen zusammen, um die Arbeit der nächsten Wochen zu besprechen. Jeder Genosse muß wissen, daß von den bevorstehenden Aktionen der Partei ungeheuer viel abhängt. Der 11. Jahrestag des Weltkrieges steht vor der Tür — und das in einem Augenblick, wo überall die Sturmzeichen des neuen imperialistischen Krieges sich bemerkbar machen. Darum hat unsere dreijährige Antikriegstagskampagne und der rote Tag am 26. Juli nicht nur für unsere Genossen, sondern für die Gesamtarbeiterklasse eine ganz besondere Bedeutung. Alle Arbeiter müssen einsehen, daß die Bildung einer geschlossenen Antikriegsfront eine Frage von Leben und Tod für Millionen ist und unsere heutigen Direktivbesprechungen müssen ganz konkret und praktisch die Frage besprechen, wie wir diese Einigkeit in allen Arbeiterkreisen, in den Betrieben, in den Gewerkschaften, in allen proletarischen Organisationen verbreiten und so dafür sorgen können, daß der 26. Juli wirklich zu einem Ausbruch des mittel-deutschen Gesamtproletariats wird.

Unsere Mitgliederversammlungen werden sich aber auch mit den Fragen der Werbekampagne beschäftigen, die anschließend an den Antikriegstag für Partei und Presse entfaltet werden soll. Alle Genossen müssen verstehen, daß von der äußeren organisatorischen Stärke der Partei, von der Verbreitung unseres Sprachorgans, des „Klassenkampf“, auch die Kraft und der Erfolg des Kampfes abhängen, den wir gegen Unternehmeroffensive und Kriegsgefahr führen können. Wirsteigt gibt es noch da und dort Genossen, die auf dem Standpunkt einer „kleinen aber reinen“ Partei stehen und neue Mitglieder, die natürlich nicht als vollkommene Demisisten auf die Welt kommen können, ein wenig zweifelhaft ansehen. Alle Parteigenossen müssen einsehen, daß die gewaltigen Aufgaben, die der Zusammenbruch der Dawes-Finanzkrisen an uns stellt, nur dann gelöst werden können, wenn es gelingt, erstens alle heutigen Mitglieder der Partei zu aktivieren und zweitens, die Mitgliederschaft durch die besten Elemente aus dem Gesamtproletariat zu vergrößern. Nur so wird es auch möglich sein, der heute vielfach vorhandenen Verleugung unserer Funktionäre Einhalt zu leisten. Das erfordert natürlich eine langsame und systematische Schulungsarbeit: man muß neue Mitglieder nicht nur aufnehmen, sondern auch in der praktischen Parteiarbeit erziehen, ihnen helfen, sich die Grundlegenden des Leninismus anzueignen und so allmählich zu wertvollen Vor kämpfern des Proletariats zu werden.

Darum ist die Werbung für Partei und Presse auch keine häusliche Angelegenheit unserer Organisation. Jeder Arbeiter ist daran interessiert, daß die Partei, die allein für seine Interessen eintritt, möglichst stark und kampftätig wird. In Auswahl wählen die Betriebe gewöhnlich bestimmte, besonders befähigte Kollegen, die beauftragt werden, in die KZ einzutreten, um so wirklich brauchbaren Führer der Belegschaft zu werden. Es müssen auch bei uns die parteilosen Arbeiter ihren Ehrgeiz dareinlegen, die besten Elemente der Partei zuzuführen.

Von jedem Arbeiter, der finanziell dazu einigermassen in der Lage ist, kann aber verlangt werden, daß er die einzige Zeitung liest, die seine Interessen vertritt. Die Werbung neuer Leser für den „Klassenkampf“ muß darum eine Hauptaufgabe unserer heutigen Mitgliederversammlungen sein.

* Verband der angeschlossenen Banarbeiter, Bezirksverein Halle. Freitag, den 17. Juli, nachmittags 5 Uhr, im „Kolkspart“ (Restaurationsaal) Mitgliederversammlung. Jeder Reisende und jeder noch in Arbeit stehende Kollege ist verpflichtet, zu der Versammlung zu erscheinen.

* Zentralverband der Zimmerer, Jahreshalle Halle. Morgen, Freitag, nachmittags 10 Uhr, Streikversammlung im „Kolkspart“. Es ist Pflicht aller Streikenden, zu dieser Streikversammlung zu erscheinen.

* Aus Eisenbahnzügen nichts hinauswerfen. Die Pressestelle der Reichsbahn teilt mit: In letzter Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß aus fahrenden Personenzügen Reisende feste Gegenstände geworfen und dadurch an der Strecke beschäftigte Bahnmehrfachwerker verletzt haben. Es besteht daher dringende Veranlassung, das Publikum darauf hinzuweisen, daß das Hinauswerfen derartiger Gegenstände aus den Zügen nach § 81 3 der Eisenbahn-Zur- und Betriebsordnung verboten ist und strafrechtlich verfolgt wird.

* Falsche Rentenbescheide. Falsche 1-Rentenmarkt-Scheine tauchen in der letzten Zeit in der Provinz und in der Provinz viel im Verkehr auf. Sie sind im ganzen gut nachgemacht, an dem Währungszeichen aber doch zu erkennen. Die Ringe und Kreuze in den echten 1-Rentenmarkt-Scheinen sind etwas verformt, in den falschen dagegen an den Rändern scharf abgeleitet und sehen sich fertig an. Das fällt besonders auf, wenn man die Scheine gegen das Licht hält. Die Falschscheine tragen auf der Vorderseite oben die Nummern D 0141791 oder F 01471028 oder ähnliche Zahlen hinter 014.

Dieskau

Die Gemeindevertretung für Volkamnekte. Die Gemeindevertreterversammlung hat am 2. Juli 1925 folgenden Antrag beschlossen: Die Gemeindevertretung von Dieskau verlangt von der Reichsregierung eine Amnestie für alle politischen Gefangenen, ganz gleich zu welcher Partei diese gehören. Die Straftaten, welche ihnen zur Last gelegt sind, erkennen wir nicht als unehrliche an. Die Gemeindevertreter fordern, daß so schnell wie möglich eine Amnestie durchgeführt wird. Gemeindevertreter: 93. Hilger, Dr. Schab, Ch. Hebold, Mannitz.

Rauhnitz

Werkstoffe gegen rote Frontkämpfer. Am Dienstag, dem 14. Juli, hatte der „rote Frontkämpfer-Bund“ Rauhnitz eine Besprechung einberufen. Als wir uns nun wieder von Rauhnitz entfernten, wurden wir von deutschen Zornern und Wehrwölfen überfallen. Es kam zu schweren Auseinandersetzungen, doch die Übermacht von den Roten war zu groß. Die Arbeiterkraft von Mitteldeutschland sieht wieder voraus, wie es jetzt in der schönen Hindenburg-Republik zugeht. Arbeiter, ermachelt! Hinein in die rote Front!

Aus der Jugendbewegung

Kommunistische Jugend, Ortsgruppe Halle

Donnerstag, den 16. Juli, Funktionärstag in der Produktiv-Gesellschaft.

Freitag, den 17. Juli, Gruppenabend in der Produktiv-Gesellschaft. Beginn 8 Uhr.

Sonntag, den 19. Juli, Großwerbetag. Alle Mitglieder müssen sich daran beteiligen. Treffpunkt 8 Uhr vormittags Produktiv-Gesellschaft. Abends 8 Uhr in der Produktiv-Gesellschaft. Einführungsabend für die neuangeworbenen Mitglieder.

Alle Musikspieler müssen zu der Freitag- und Sonntagabend-Berhaltung ihre Instrumente mitbringen. Die Orchesterleitung.

Schafft Freiquartiere

zum roten Antikriegstag am 25. u. 26. Juli in Halle

Meldungen werden in der Verghenfeldstraße 14, Zimmer 5, entgegengenommen.

Die Direktivführer haben heute abend in den Direktivversammlungen die Genossen, die Freiquartiere bereitstellen wollen, aufzuschreiben.

Name, Wohnung und mietlos? und bis Sonnabend, den 18. Juli, im Ortsbureau abzugeben.

Aus der Provinz

Der Wehreffälliger Vogl aus der Haft entlassen

WZB meldet aus Berlin:

Der Hauptaufschlag des Reichstags heute am Dienstag die Vorbereitung des Reichstagsbeschlusses fort. Im Verlauf der Debatte brachte Abgeordneter Brückner (Soz.) Klagen gegen die Rechtspflege vor, insbesondere auch bezüglich des Falles der Verhaftung des Landrats Vogl.

Justizminister W. Zehnhoff gibt Auskunft über die Verhaftung und Wiederentlassung des Landrats Vogl in Weiden. Nachdruck hat nicht vorgelegen. Deshalb hätte der Justizminister nicht aufredigtermaßen werden können.

Der Sozialdemokrat Vogl, der durch seine Machenschaften den Kreis Weidenberga um Millionenmarken betrog, ist wieder in Freiheit. Lange Zeit hatte es zunächst gedauert, ehe die Staatsanwaltschaft zugriff. Es mußte erst ein Befehl des Weidenbergaer Kreisrichters vorliegen, der die sofortige Verhaftung des „beurteilten“ sozialdemokratischen Landrats forderte. Und auch dann noch verzögerte sich seine Verhaftung geraume Zeit. Richterbescheid und Verhaftungsbefehl lagen nach Ansicht der Staatsanwaltschaft eben nicht vor, obwohl die Tatsache nicht bestritten werden kann, daß Vogl, nachdem seine Forderungen und Schiedungen bekannt wurden, kein Wort schwand, um es vor einer etwaigen Beschlagnahme zu schützen.

Die SPD. ließ Vogl nach Hause gehen lassen. Sie schloß ihn aus. Als wir diesen Schritt der SPD. meldebten, knüpften wir daran die Bemerkung, daß trotz dieser Maßnahme, die nur für die Deffenheit bestimmt war, die SPD. einen Mann wie Vogl nicht abschließen könne. Die SPD. ist eine Korruptionspartei durch und durch; sie hat nicht nur einen Bauer oder einen Vogl, sie ist eine Partei, die von Korruptionshelden à la Bauer und Vogl wimmelt. Und nachdem man zum Scherz Vogl aus der Partei ausgeschlossen hatte, behauptet sich der sozialdemokratische Landratsabgeordnete Brückner noch nach der Haftentlassung Vogls über dessen Verhaftung. Wahrscheinlich, es geht doch halt nichts über ein bißchen Konjunktur!

Die betrogenen Steuerzahler des Kreises Weidenberga aber, die die Summen, um die der Kreis 1925 die Weidenbergaer Vogl betrogen wurde, wieder aufbringen müssen, protestieren gegen die Freilassung Vogls auf das entschiedenste. Sie fordern die sofortige Wiedererhaltung dieses sozialdemokratischen korrupten Geistes!

Noter Tag in Neumarkt am 18. und 19. Juli

Die Ortsgruppen des Roten Frontkämpfer-Bundes sammeln sich im Goltshaus Blauschmidt, Geleisbühn, und im Goltshaus Schumann, Neumarkt.

Programm:

Sonntag, den 18. Juli, früh 8 Uhr: Wachen, bis 12 Uhr: Empfang der Ortsgruppen, 12 1/2 Uhr: Begrüßung der Ortsgruppen-Funktionäre, 1 Uhr: Anreden aller Ortsgruppen, 1 1/2 Uhr: Aufnahme eines Vertreters der Bundesleitung, der Gausleitung und der Ortsgruppe Neumarkt. Anschließend Jahreshilfsübergabe. Danach Demonstrationsumzug bis Mühlstein. 7 1/2 Uhr abends im Goltshaus Schumann, Neumarkt, Aufführung des Theaterspiels „Die Elternkinder“. Arbeiter, heraus zum roten Tag in Neumarkt!

Dobien. Die Gemeindevertreterversammlung für die Amnekte! In der am 9. Juli 1925 stattgefundenen Gemeindevertreterversammlung wurde ein kommunistischer Anmeldeantrag nach Begründung durch unsere Genossen mit 7 gegen 4 Stimmenthaltungen angenommen.

Sandersdorf und Umgegend. Für die „rote Hilfe“ wurden auf einem Unterhaltungsabend der Bauarbeiter rund 88 Mk. Ueberfluß erzielt. — Bravo! Weiter auf diesem Wege!

Während unseres Saison-Ausverkaufes 1.-21. Juli

billige

RESTE-TAGE

Freitag // // Sonnabend // // Montag

gelangen riesige Mengen

RESTE

In unserem Lichthof, auf Extratischen ausgelegt zu sensationell herabgesetzten Preisen zum Verkauf



BRUMMER **BENJAMIN**

HALLE • GR. ULRICHSTR. 22 - 24 • RANNISCHER PLATZ

Die weltpolitische Lage und die Aufgabe der Komintern.

Telegramm an die Exekutive der Komintern.

Der 10. Parteitag der KPD, sendet dem Generalsekretär der Weltrevolution, der Exekutive der Komintern, die herzlichste Kampfgriße. In einer Situation, wo sich eine neue gewaltige revolutionäre Welle im Osten erhebt, wo der Weltimperialismus zu einem neuen verheerenden Ausbruch auf das Weltweit aller Ausbeuteten und Unterdrückten, auf Sowjetrußland rückt und das Deutschland Sündenbüßers zum Aufmarschgebiet der weißen Heere machen will, wird der Parteitag der deutschen Exekutive der kommunistischen Partei, alles darzusetzen, um alle Kräfte des Proletariats an unseren Abschnitt der internationalen Front des Kampfes zu mobilisieren.

Es lebe die bolschewistische Weltpartei!

Es lebe ihr Generalsekretär, das Exekutivkomitee der Komintern!

(Eingenommen am 1. Verhandlungstag.)

Telegramm an das ZK. der KAP.

Der 10. Parteitag der KPD, sendet an die KAP, und insbesondere an das ZK, an die alle bolschewistische Partei, die die KAP zum Siege geführt hat und den ersten Stab des Proletariats selbständig aufbaut, herzlichste Grüße. Der 10. Parteitag wird im Geiste des Kampfes, im Geiste des Kampfes um den Weg bestimmen, der die deutsche Arbeiterklasse und ihre Partei, die KPD, zum Siege führt.

Es lebe die führende Partei der Komintern, die KAP!

Es lebe ein Kampferlebnis, stilles Zentralkomitee!

(Eingenommen am 1. Verhandlungstag.)

Telegramm an Mag Höp.

Der 10. Parteitag der KPD, sendet die tiefsten Revolutionär-brüderlichen Kampfgriße. Mit Entzückung und Empörung hat die revolutionäre Arbeiterklasse von den fortschrittlichsten deutschen Intellektuellen, mit denen die Vorkämpfer der Bourgeoisie sich vergeblich bemühen, Feinden revolutionären Willens zu brechen. Der 10. Parteitag der KPD, nehmt alle Kräfte einmütig, um die wie alle Opfer der Klassenjustiz der Bourgeoisie zu befreien.

(Eingenommen am 1. Verhandlungstag.)

Der Referent des ZK. und der KAP.

Gruß der KAP.

(Mit großem Beifall empfangen.)

Gesellen! Im Namen der kommunistischen Internationale und des Zentralkomitees der KAP bringe ich den herzlichsten Gruß euch entgegen und wünsche euch, die während des Krieges von der Bourgeoisie begonnene Arbeit der Umwandlung der deutschen Arbeiterbewegung in eine eiserne Kohorte der kommunistischen Internationale fortzusetzen. So möchte diesen sich mit tiefem Anlauf ausrichten, um einige Fragen aufzuwerfen, die für die zukünftigen Geschicke unserer Bewegung von nicht geringer Bedeutung sind.

Veränderungen in der internationalen Lage.

Es sind fünf der letzten Sitzung der Erweiterten Exekutive nur vier Monate vergangen, aber während dieser Zeit sind in der internationalen Lage große Veränderungen eingetreten, welche die internationale kommunistische Partei nicht ignorieren kann. Zum ersten Male haben wir auf der Erweiterten Exekutive das Wort über eine

„teilweise Stabilisierung des Kapitalismus.“

gesprochen und sofort hat sich die ganze sozialdemokratische Presse an diese von den Komintern festgelegte Aufgabe angeklammert, welche die Veränderungen im Verhältnis der Klassen charakterisiert, zum Beginn einer solchen Wende der sozialen Entwicklung zu deklarieren, in welcher es weder Revolution noch Klassenkampf geben wird. Andererseits waren die rechten Elemente unserer eigenen kommunistischen Bewegung geneigt, die Stabilisierung des Kapitalismus für eine ganz historische Epoche, die Vorzeichen umspannt, anzusehen, welche ihnen helfen wird, den revolutionären Stürmen und Erschütterungen unter einem totalitären Schirm dieser so geschichtlichen, ihrem Herzen so angenehmen Auflösung der internationalen Lage zu entgehen.

Aber die verflochten vier Monate haben viele Mutationen zerstreut. Die Zeit, in der wir leben, charakterisiert sich in internationalen Maßstäben dadurch, daß jetzt Jahre für Jahrzehnte und Wochen und Monate für Jahre ähneln. In diesen vier Monaten zeigte sich die „Stabilisierung“ erlosch in ökonomischer Hinsicht schon etwas ansehnlich durch einige unangenehme Erscheinungen im März und April in den Vereinigten Staaten von Amerika, durch eine schwere Krise und wachsende Arbeitslosigkeit in England, noch tieferen Fall des französischen Franken, und endlich durch die deutsche Kreditkrise, die von dem Vorkriegsstand des Schmelz-Schmelz konfirmiert wird. In politischer Hinsicht steht die Sache mit der Stabilisierung des Kapitalismus noch schlechter.

Die Wera der Kolonialkriege.

Sechs Jahre nach dem „letzten Weltkriege“, nach all den „Friedens“-Reaktionen und dem pazifistischen Geschwätz auf ihren Füßen, der Weltimperialismus der „Kolonialität in Marokko und China in eine neue Wera von Kolonialkriegen, welche nur ein Beispiel eines noch vorhandenen internationalen Gemetwels sind, als es der Krieg 1914 bis 1918 war. Vorkriegs beginnt der Vulkan der Revolution, welcher in Europa seitwärts erloschen war, seine glühende Lava in China auszuweinen.

Der revolutionäre Befreiungskampf in China.

Wir haben in China eine unvollständige nationale Revolution vor uns, die auch nach dem Charakter der Ereignisse und der Rolle der einzelnen Klassen an die Revolution von 1905 in Rußland erinnert. Wir sehen zum ersten Male in der Geschichte Chinas, daß der eingeschichtete, in politischer Hinsicht durch unerbittliche ökonomische Ausbeutung bedrückte Mittelstand sich an die Spitze der national-revolutionären Be-

wegung seines Landes stellt, ganz wie das zahlenmäßig schwache russische Proletariat zum Vorkämpfer des Aufstandes gegen den Zarismus im Jahre 1905-1906 wurde. Und ebenso wie in Rußland, spielt in diesem Anfangsstadium der nationalen Revolution in China die Intelligenz, das Studententum, die schärfste Bourgeoisie eine Rolle. Und endlich: Ebenso wie die Schwäche russischen Revolution 1905-1906 darin bestand, daß sie es noch nicht verstanden hat, die großen Bauernereferenzen heranzuziehen, so steht auch die chinesische revolutionäre Bewegung von 1925 vor derselben großen Schwierigkeit. All dieses ist unangenehm, läßt uns annehmen, daß, wenn es vielleicht auch noch vertrieben ist, von der vollkommenen Umwandlung dieser Wera der „Stabilisierung“ zu sprechen, jedenfalls noch zugegeben werden muß, daß in der internationalen Lage in den letzten Monaten und Wochen einige Veränderungen sich vollzogen haben, die den verschiedenen Klassen Schwerkraften bereiten und die Zügel der Kräfteverhältnisse der Klassen scharf in die Höhe und die Tiefe der proletarischen Richtung verschieben und ihm erleiden werden, mit voller Ueberzeugung dem Wenden zum Uebergang von der bisherigen Defensive zur Offensive im Jahre 1919.

Diese neuen Erscheinungen in der internationalen Lage zu überlegen, heißt, ihre hauptsächlichsten und wichtigsten Züge zu erkennen.

Die veränderte Situation seit Frankfurt.

Aber noch viel klarer wird uns die Bedeutung der vollzogenen Veränderungen in der internationalen Lage, wenn wir dieselbe mit der Situation vergleichen, in welcher sich zur letzten Frankfurter Parteitag im April 1924 abspielte. Das war



Betreiber der Komintern.

die Zeit, wo sich mit voller Klarheit der innere Widerspruch des Versailles Vertrags offenbarte. Dieser lächerliche Räubervertrag war ausschließlich auf das Bestreben der Entente aufgedacht, Deutschland in territorialer Hinsicht zu zersplittern, eine heftige Verdrängung der Kolonien unter seinen Vorwand für die Normalisierung der kapitalistischen Verhältnisse in Europa. Die ganze Periode nach Versailles war eine Zeit unangenehmer ökonomischer Chaos in Mitteleuropa, dessen Höhepunkt die Weltkatastrophe des Jahres 1923 bildete. Der Frankfurter Parteitag fiel mit dem Auftreten des „Entenepolitisch“ Deutschlands gegenüber zusammen. Als der vollkommene Bankrott der Ruhrbesetzung und für Wände augenscheinlich wurde, trat der internationale Imperialismus mit dem Dawes-Plan hervor, welcher nicht nur das Problem der Reparationszahlungen revidierte, sondern auch vor allem die durch den Krieg, Versailles und vor allem folgende ökonomische Anarchie gestörten kapitalistischen Verhältnisse stabilisierte. In gleicher Zeit mit dieser ökonomischen Funktion bestand die politische Funktion des Dawes-Planes darin, durch die Stabilisierung eines Stützpunktes gegen die deutsche Revolution zu führen, das deutsche Proletariat zu zersplittern und es für eine Reihe von Jahren zum Ablassen des internationalen Kapitalismus zu machen. Aber eben diese Periode des Dawes-Planes wird dadurch charakterisiert, daß im Mittelpunkt der internationalen Politik Deutschland als Herd des ganzen imperialistischen Plans der „Schuldlosen“ des Kapitalismus steht. In ihm konzentriert sich hauptsächlich alle Widersprüche der imperialistischen Mächte. Eine Reihe Jahre hindurch brechen sich alle Konferenzen, diplomatischen Notizen und Konflikte um die „deutsche Frage“. Die Phase in der Entwicklung des Nachkriegs-Imperialismus kann, natürlich mit Vorbehalt, eine europäisch-kontinentale genannt werden. Der internationale Imperialismus ist zu sehr mit dem europäischen Chaos befaßt, als daß er die ganze Kraft seiner Aufmerksamkeit außerhalb Europas konzentrieren könnte. Parallel mit der Bedeutung, welche Deutschland in dieser Phase der internationalen Beziehungen einnimmt, wächst auch die Rolle des deutschen Proletariats bei der Bestimmung der revolutionären Perspektive. Anzeichen vom Jahre 1918 orientiert sich die ganze kommunistische Bewegung auf die deutsche Revolution. Dieser Weg der Revolution, im Zusammenhang mit Deutschlands „Liberale“ im Krieg und dem darauf folgenden Weltkrieg, hat eine objektive revolutionäre Situation geschaffen haben, im Zusammenhang mit der organisatorischen Erhebung der deutschen Arbeiterklasse, scheint uns der wahrnehmbarste zu sein. Unmittelbar bis zur letzten Erweiterten Exekutive trägt unsere Perspektive der revolutionären Bewegung auch nur einen kontinental-europäischen Charakter. Aber schon im März wird auf der Erweiterten Exekutive die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit anderer Entwicklungstendenzen der Revolution anerkannt.

Was hat sich denn verändert?

Was hat uns gewonnen, unsere schiefste revolutionäre Geographie umzuwerfen? Geht es sich erstens, daß der Dawes-Plan zweifelslos mit einigen Elementen zur Normalisierung der kapitalistischen Wirtschaft Deutschlands beizutragen hat. Die Zeit ist zu berechnen, wie es ist. Die Stabilisierung der deutschen Wirtschaft oder den zweifelslosen Fortschritt der deutschen Industrie im Vergleich zu den Jahren vor der Krise usw. zu nennen. Aber zur gleichen Zeit vollzog sich in dem beschränkten Rahmen dieser „Stabilisierung“, welche der deutschen Bourgeoisie ihre Profitzone sichert, die Verfassung des deutschen Kapitalismus durch die nationale Kapital. Die Arbeiterklasse, welche vor zwei Jahren

auf dem Vorposten der internationalen revolutionären Bewegung stand, ist jetzt „isolierter“ in dem Sinne, als auf ihre Kosten die Wiederherstellung der während des Krieges zerstörten materiellen Werte vollzogen werden soll, und daß sie gezwungen ist, nicht nur ihrem nationalen Kapital einen Zeitverzug bei geschaffenen Produkten, sondern einen weiteren Zeitverzug bei Rückzahlung des Dawes-Planes an einem weiteren Kapital abzugeben. Das bedeutet, daß der deutsche Arbeiter in der nächsten Zeit doppelt ausgebeutet wird, daß er, der aktiverer Kämpfer der Weltrevolution, in dieser Hinsicht einem ökonomischen Aufschub gleichgesetzt wird. In der Perspektive brant diese Situation eine richtige revolutionäre Energie in der internationalen Lage herauf, die aber zur Zeit sich noch im potentiellen Zustand befindet. Heute aber hat die deutsche Arbeiterklasse nach der überstandenen physischen und moralischen Enttäuschung eine gewisse Stimmungserholung erhalten. Und gerade bei unangenehmer Abwertung der deutschen und internationalen Arbeiterklasse gegenüber der ökonomischen Konsumtion erlosch es dem internationalen Kapital, in seinem Antritt auf die deutschen Arbeitermassen weiter fortzuschreiten, als dies zur Zeit des Frankfurter Parteitages der Fall war.

Der Garantieplan.

Der sogenannte Garantieplan ist ein neuer Schritt im imperialistischen Antritt auf Deutschland. Das ist ein Versuch des internationalen Imperialismus, die deutschen Arbeitermassen unter solche politische Bedingungen zu stellen, welche ihnen niemals erlauben sollen, sich aus der ökonomischen Verfassung des Dawes-Planes zu befreien. Sicherlich, die erste und hervorragendste Frage über die ökonomischen und politischen Grenzen Deutschlands, die Entschleunigung, die Verdrängung seines Kriegsmaterials, das Durchmarschrecht auf seinem Gebiet usw. Wie die deutsche Bourgeoisie durch alle ihre „nationalen Parteien“ auf diese Garantieplan reaktiviert, daß sie bereit sind, die Interessen ihrer Profite und die Ausbeutung der Weltarbeit die schmerzlichen Bedingungen des Ententeimperialismus anzunehmen, das zeigt, daß die Lage der nationalen Befreiung Deutschlands mit dem Ziele der proletarischen Revolution unzerrenklich verbunden ist, und daß

die Verteidigung des deutschen Proletariats gegen die unerschütterte ökonomische und politische Ausbeutung durch den internationalen Imperialismus nie auch historisch, die erste und hervorragendste Aufgabe der gesamten internationalen kommunistischen Bewegung ist. Wir organisieren Kommunisten aller Länder werden immer wiederholen, daß wir im Kampf gegen die Folgen des Dawes-Planes, gegen den Garantieplan die revolutionäre deutsche Arbeiterklasse vor allem die revolutionäre Bewegung der proletarischen Arbeitermassen gegen den Angriff der internationalen Kontroverste. Die einzige Rettung für die deutschen Arbeitermassen aus der internationalen Einschließung ist das enge Bündnis mit dem freien Arbeiter- und Bauernschaft der Welt, dem Lande der Sowjets.

Die zweite noch wichtigere Veränderung, die sich in der internationalen Situation seit dem Frankfurter Parteitag abspielen hat, ist die

Veränderung des Mittelpunktes der internationalen Politik vom europäischen Kontinent nach den Kolonien.

Die imperialistischen Mächte starben, daß die Bourgeoisie seit im Mittel ist und daß sie deshalb, ohne neue Erschütterungen befürchten zu müssen, zur konzentrierten Offensive gegen die Kolonien übergehen können. Daher der Antritt des vereinigten anlo-amerikanischen und japanischen Kapitalismus gegen China, daher auch der räuberische Raubzug des französischen Imperialismus der westlichen Welt, um die Hände am Rhein freizubekommen, und gegen die marokkanischen Arbeitermassen. Wir stehen erst am Anfang dieser Periode. Aber hinter diesen ersten blutigen Konturen kann man ihren eigentlichen Inhalt erblicken.

Die außereuropäischen Konflikte.

Diese Periode wird erlosch die Verdrängung neuer Konflikte auf den Seewegen, die den internationalen Imperialismus zu den Kolonien, zu den neuen Absatzmärkten führen, nach sich ziehen. Man kann jetzt schon mit Gewißheit voraussehen, daß die kapitalistischen Knotenpunkte, wo die Widersprüche des internationalen Imperialismus besonders scharf zusammenstoßen, der Zille Ocean und das Mittelmeer werden. Es tritt mit treten zu dem durch Konflikte unterminierten europäischen Boden eine Reihe potentieller neuer Konflikte auf den Meeren und Ozeanen. Und zweitens verdrängt diese Periode der außereuropäischen Widersprüche sich aufs äußerste die Beziehungen zwischen den getriebenen Revolutionsländern, welche bei der Aufhebung Deutschlands bisher relativ stillschweigend auftraten und stellt die Welt vor die Unabwendbarkeit eines neuen imperialistischen Krieges. Drittens wird es eine Reihe Aufstände der Millionen von Kolonialvölkern gegen ihre Unterdrücker hervorgerufen. Diese Aufstände, welche sich in den letzten Jahren in Mexiko, Indien, Ägypten, Arabien ereignen haben, und die welche jetzt mit feurigen Zungen die Küste Nordafrikas und der östlichen Grenzen Afrikas leuchten, werden wachsen, sich ausdehnen und in immer größere Massen ereignen. Nicht zufällig verlor die ganze muslimantische Welt mit fast zehnprozentiger Anwesenheit des marokkanischen Stammes der Rabitten gegen den mit den letzten Erzeugnissen der Welt ist an die eigene befeindeten französischen Imperialismus.

Der permanente Kolonialkrieg.

In derselben Zeit wird die Bedeutung der letzten chinesischen revolutionären Bewegung für das Gedächtnis der anderen, als die Bedeutung der russischen Revolution 1905, die wir bezeichnen, den haben und werden China erlosch hat. Das aber bedeutet, daß die Welt in einen Zustand des permanenten Kolonialkrieges eintritt. Das ist kein Zeitkrieg von Wochen und Monaten, sondern ein Krieg von Jahren, welcher die Arbeiterklasse ausfüllen wird, bis das Proletariat die Bourgeoisie in Boden werden und ihr das Rnie auf die Brust setzen wird. Das Chinesische dieser Periode hat Lenin schon vor dem Jahre 1914 vor auszuzeichnen. Er sprach über die Möglichkeit eines Bündnisses einiger aufständischer Kolonien gegen den großen imperialistischen Staat. Dies Bündnis bewirkt sich fast jetzt.

Der Marokkottrog.

Um nicht unbegründet in meinen Folgerungen zu sein, will ich als lebendes Beispiel auf den marokkanischen Krieg etwas genauer eingehen. Den Marokkottrog darf man nicht als einen

Der ist die neue Verantwortung der Union der SPD, vor allem eine Politik der Verteidigung gegen die Chamberlain.

Daraus folgt, daß der neue Kurs der Verantwortung der kommunistischen Partei nicht nur der Sache des sozialistischen Kampfs der Union keinen Abbruch tut, sondern in einem Anlauf, und auf dem Wege der Kooperation nimmt er die ganze Masse der individuellen Parteimitglieder in sich auf.

Veränderungen in der internationalen Arbeiterbewegung seit Frankfurt.

Ich gehe zum zweiten und letzten Teil meines Vortrags über, nämlich zur Frage der Veränderungen, welche in der internationalen Arbeiterbewegung seit dem Frankfurter Parteitag sich vollzogen haben und besonders zu dem Thema der Taktik der kommunistischen Partei Deutschlands.

Ungefähr vor einem Jahre begann, wie ich wußte, in der englischen Gewerkschaftsbewegung sich ein Umschwung und ihre Annäherung an die russischen Gewerkschaften zu zeigen. Sehr viele von den „ultra-linken“ Ringlein haben schon damals auf diese Annäherung hingewiesen, in der Meinung, daß sie eine in England diskutierte Taktik wußten und inwiefern dann tiefgehende Betrachtungen der ultra-linken Diplomaten der Taktiken entzogen. Genau so wie die gegenwärtige sozialistische Erklärung der neuen Taktik der SPD. Jetzt wissen wir, angelehnt an die Tatsachen und Gesetzmäßigkeiten, daß die englische Arbeiterbewegung in erster Linie für die internationale Arbeiterbewegung und in zweitem Fall ein Faktor der Festigung der Position der Sozialregierung in Großbritannien war. Sie war einer der Faktoren, welche die Beziehungen zwischen der Sozialregierung und der Regierung Waltons verschärfte.

Diese Annäherung vollzog sich in keiner Weise zufällig, sondern war durch die Umwälzung in der ökonomischen Lage Englands vorbereitet. Der Verlust seiner Monopolstellung auf dem Weltmarkt, die Verschärfung des Schwerepunktes der wirtschaftlichen Situation über Amerika, die von den wirtschaftlichen Tendenzen ihrer Domination, welche die russischen Gewerkschaften als revolutionär bedrohen und ihr gewissermaßen das Schicksal Österreich-Ungarns verkörpern — all dies zusammengekommen, konnte nicht ohne Einfluß auf die Lage der englischen Arbeiterbewegung bleiben. Die Zeit, wo das englische Proletariat die Arbeiterbewegung unter seinen europäischen Brüdern, ist für immer vorbei.

Die „Inlandverteidigung“ der Sozialdemokraten.

— Nehmen wir das Beispiel im gegenwärtigen Marokkoproblem in Frankreich. Mit welcher Wucht hat sich die Partei der französischen Sozialisten dem Marokkoproblem zuwendet? Welcher Arbeiter wird glauben, daß vierhunderttausend Arbeiter und Frauen des Mittel Frankreich angegriffen haben? Es ist für unsere Zeit die Tatsache wichtig, daß die Sozialdemokratie noch einmal Schritt weiter in der Richtung des Vorrates an den Interessen der Arbeiterklasse geht, und gerade dieser weitere unauflösliche Schritt der Sozialdemokratie ist einer der Gründe dafür, daß im internationalen Maßstab, die bis jetzt noch unbedeutende Linie eines großen Umschwunges in den Massen, die bis jetzt der Sozialdemokratie folgten, sich herauszufinden beginnen. Die Bedeutung der Arbeiterbewegung in der Arbeiterbewegung in England, nach der sozialdemokratischen Herrschaft in Deutschland, welche mit dem Zweite Weltkriege erbebt, er lebt beginnt, wie es scheint, die internationale Arbeiterklasse schließlich über alle Ereignisse und Begebenheiten der letzten 10 Jahre nachzudenken.

Das Beispiel des besten Aufbaus.

Vor ihnen Augen erhebt immer eindringlicher das lebendige Beispiel der russischen Arbeiterklasse, die einen anderen historischen Weg beschritten und der Welt die Erfahrungen einer anderen Form der sozialen Struktur und anderer Kampfmethoden gebracht hat. Die Massen lernen nicht so sehr aus Reden, Broschüren, Flugblättern, als vielmehr aus den lebendigen konkreten Erfahrungen, die die Möglichkeit geben, die Lehren aus den Ereignissen und Tatsachen in ihrem Geiste zu verarbeiten und zu verarbeiten. Und es bleibt eine unüberwindliche Aufgabe: das langsame aber sichere Anwachen der Herrschaft der Union der SPD, die Erfolge der ersten sozialistischen Arbeiter in Sowjetland. Die internationale Sozialdemokratie strebte die europäische Arbeiterklasse, den Kampf der kapitalistischen Welt gegen Sowjetland und die durch ihn bedingten inneren Schwierigkeiten auswendig mit dem Bewußtsein der bolschewistischen Anarchie, die die russische Revolution zum unabwehrbaren Untergang führt. Otto Bauer und alle russischen mobilisierten ihre Geschlossenheit, um die Arbeiterklasse hierzulande zu überzeugen. Die Tatsachen und die Wirklichkeit aber haben dieser unterwerflichen Fiktion der Bourgeoisie aramam entzogen. Zur Zeit ist die ökonomische Stabilisierung der Union der SPD, aber ein viel wirksameres Mittel für die Propaganda der kommunistischen Ideen bei den europäischen Arbeitern, als das wirtschaftliche Anarchie der Weltkriege der Kommunisten, die wie ein unbedeutendes Speck in Europa umgeben und den Herren Bourgeois den ruhmreichen Schatz rauben. Und das ist der dritte Grund, der die Stabilisierung der Arbeiterbewegung bedingt. Und das ist zugleich einer der Gründe, die das internationale Proletariat zur neuen Offensive gegen die Union der SPD, treiben, um ihre ökonomische Stabilisierung zu brechen.

Ultralinke Dummeheiten.

Nachdem wir von der Frage der sogenannten Ultralinken über Länder sehr viele Beispiele dafür anführen, wie man seine Position nicht führen soll, werde mich aber nur auf ein besonderes klares und typisches aus der deutschen Praxis

beschränken. Ich erinnere an die erste Versammlung der Berliner Fraktion nach dem Wahlen am 7. Dezember, die die Beschlüsse der Zentrale Genosse Rosenberg, der die Bedeutung dieser Wahlen folgendermaßen einschätzte:

„Ungeachtet dessen, daß die Sozialdemokratie 8 Millionen Stimmen erhalten hat, darf man diesen Sieg nicht ernst nehmen. Die Sozialdemokratie ist eine Partei der mit ihrer Lage zufriedenen Arbeiter. Mit solchen Elementen kann man wohl eine Krisis wagen, aber keine soziale Revolution machen.“

Wenn wir natürlich zu den sozialdemokratischen Arbeitern, die sich infolge zu dem hinausgehen, eine solche Sprache reden werden, so kann man mit Bestimmtheit voraussetzen, daß vor von den Sozialdemokraten keine einzigen Arbeiter jemals erobert. Zur Zeit besteht die große Gefahr für die Zukunft unserer Bewegung gerade in diesen Unterlassungen für die Notwendigkeit des Eindringens in die Masse, oder nach das theoretische Verhältnis für diese Aufgabe, verbunden mit der praktischen Unfähigkeit, an dieselbe heranzutreten. Das ganze Verhältnis der deutschen Partei zu den Gewerkschaften trägt den Ausdruck dieses Grundgedankens. Auch war in der deutschen Partei eine Massenfrontierung für die Arbeit aus den reformistischen Gewerkschaften. Als aber die Partei mit großer Anstrengung dieser Stimmungen Herr geworden war, sie ideologisch überwindet hatte, zeigte es sich, daß die Partei in organisatorischer Hinsicht diese Massen noch nicht zu lösen vermochte. Das zeigt sich am Frankfurter Parteitag vor ein Jahr der Veränderungen der Partei. Dieses Jahr hinterläßt einer Partei — ungeachtet der ersten politischen Erfolge — auch eine noch nicht überwundene, sehr kämpferische Erbschaft von SPD-Führer Stimmungen.

Kampf gegen die alten linken Abweichungen.

Die Hauptaufgabe des Kampfes ist es, die Partei, wenn nötig mit eigener Faust von diesen Stimmungen zu reinigen. Das heißt aber, daß der Kampf mit den ultralinken Abweichungen ernst und tief sein muß, so wie die russische Partei ihn ehemals gegen die linken Abweichungen in ihren eigenen Reihen geführt hat. Dieser Kampf ist eine Voraussetzung für die Einheit der Partei mit einer Massenfrontierung für die Interessen der alten linken Genossen erben wird. Das ist keine bedeutungslose Differenz, die halt und leicht verschwindet. Diese Abweichung brachte der Partei unermessliche Schwierigkeiten und wunden Schäden. Es liegen vor mir drei Berichte der ersten Organisationskommission der SPD: Berlin-Brandenburg, Ruhr und Chemnitz. Es lohnt sich, in ihnen zu blättern, um sich davon zu überzeugen, wieviel die Partei im letzten Jahre an Einfluß in den Gewerkschaften verloren hat.

Was zum Schluß in der SPD? Die Schlußfolgerung, die die Partei beharrlich zum Ziel zu verfolgen drängen, die die ideologische Einmütigkeit der Partei durch die Wiederherstellung der Revolution hervorgerufen war, zum gemeinsamen ultralinken Standpunkt ausbauen. Und dieser Kampf gegen die Abweichungen der deutschen kommunistischen Partei muß erstens ein solcher sein, der die Gefahr der Abweichung des linken Ungehorsams der Partei.

eine internationale Krankheit

zu werden droht. Die verlangsamte Entwicklung der revolutionären Bewegung in England, die in Deutschland nicht, noch vorhandene ökonomische Stabilisierung des Kapitalismus in den einzelnen Ländern, ruft eine Unruhe und Nervosität bei den unbeherrschten und in revolutionärer Stimmung nicht gelassenen Genossen hervor.

Die Krankheit in Italien.

Eine solche Erkrankung beobachten wir in Italien, wo sich eine Fraktion Borghia gebildet hat, die einen Weg zum Sozialismus gegen eine Partei eröffnete. Und charakteristisch ist es, daß im Augenblick des Aufstieges der revolutionären Werte in der Partei, die sich in Italien zu bilden beginnt, Borghia, einer der geistlichen ideologischen Führer dieser Sozialregierung, die bei diesen Ereignissen in der Rolle eines einfachen Zuschauer beiseite stand.

Die Krankheit in Polen.

Nach dieser ist das Beispiel der polnischen Genossen. Die polnische Partei ist eine der besten Parteien der Welt. In den letzten Jahren der polnischen Zentrale, erhebt sich die Partei der Taktik der französischen Partei bei den letzten Gewerkschaften, und was noch unabwehrlich ist, dringt mit der Unterstützung der Partei nicht mehr und nicht weniger als die russische kommunistische Partei, wenn ihres im letzten Augenblick angeblich nicht genügend revolutionären Kampfes gegen Janoff. Dieses Gefühl, das von Janoff bei den polnischen Genossen, wird, erhebt aber zugleich den Anspruch, in besser polnischen Lebensbedingungen mit dem Bewußtsein der russischen Partei zu leben. Es wäre natürlich nicht nur einfache Neugierde, von den deutschen ultralinken Genossen zu erfahren, wie sie sich zu dieser Art der Kompromittierenden Annäherung stellen.

Die wenigen bulgarischen Genossen, die zufällig nach dem internationalen Parteitag in Frankfurt in die deutsche Partei gekommen sind, sind gegenwärtig nach der ersten Sitzung der Arbeiterbewegung ihres Landes gezwungen, von dem bewußten Aufbau abzuweichen und von der Organisierung der Kampfgruppen zum Kampf gegen die deutsche Partei zu übergehen. Es wäre natürlich nicht nur einfache Neugierde, von den deutschen ultralinken Genossen zu erfahren, wie sie sich zu dieser Art der Kompromittierenden Annäherung stellen.

Die Krankheit in Deutschland.

Wie sehr erimmt sind diese Fälle ähnliche Fälle an die Lehren, die wir aus den Erfahrungen der deutschen Partei in der Frage der neuen Taktik der deutschen Partei annehmen dürfen. Drei Monate schredete diese Genossen die Partei mit dem Gehörten der „Kommunisten“. Sie drohten, auf diesem Wege mit Bewußtsein über die von ihnen vollzogene Revolution zu sprechen, um einen vollen Sozialismus in der Partei zu erreichen, die mit der Partei der Zeit, wo sich die Partei wieder auf dem Boden der Verantwortung der Einheitsfront stellt, registriert sein sollen. Und heute sind sie mit deren Händen an dem Parteitag erschienen, denn es eracht sich nicht nur keine Revolution der Partei, die von Bourgeoisie und der Sozialdemokratie, sondern auch von den ultralinken Arbeitern. Die Einheitsfront ist bis jetzt nur im Keimzustand vorhanden. Ihre Verwirklichung aber ist man durch verhärtetes linkses Selbstverständnis „Kommunisten“, wodurch man die Partei erregt und ihre schwere Zeit raubt, die sie nicht zum Beispiel in den Gewerkschaften, verwenden könnte. (Weiß.)

Was man einer Partei zum Vorwurf machen kann, ist, daß nach ihren Erfolgen nicht jedesmal die breitere Mitwirkung in den Fabriken und Betrieben, diese Massenfaktion, diese verteilte Organisationsarbeit nicht erlosche, denn nur das wäre eine Garantie dafür, daß die Partei auf dem neuen geschichtlichen Weg nicht absteigt, wie die neue Taktik in eine unklare Paragrafenkombination verhandelt wird. Nur aber hat mit einem Mitleiden die Partei gezwungen, ihre Kräfte durch die Diskussion mit Euch zu erschöpfen und abzulenken, denn die Mehrheit der Zentrale mußte, bevor sie in den Kampf um die Massen zog, Euch erst die Partei ausweisen, die Ihr beharrlich zurückgeblieben.

Die Gefahren der Taktik.

Nicht aber, wo dieser Parteiing zeigt, daß die Partei die linken Fraktionen zu überwinden beginnt, wo die sogenannte Ultralinke, welche geiziger noch die Partei beherrschte, auf dem Parteitag nur ein Strahlenbild ist, ist es vollkommen zutreffend, über die Frage der Taktik zu sprechen. Ich sehe sie in erster Linie darin, daß während einer Diskussion über die Frage dieser Taktik der Mittelpunkt der Aufmerksamkeit sich unwillkürlich um Debatten drehte über diese oder jene parlamentarische Abstimmung der Fraktion im Landtag oder Reichstag, nicht aber um die Frage, wie weit außerhalb des Reichstages und Landtags diese Taktik auswirken können, mit welchen Methoden wir die breite Arbeitermasse in den Betrieben und in zusammenfassenden, welche organisatorischen Schritte wir von ihnen zur Erreichung der Einheitsfront erziehen müssen, wie weit diese die Partei weiter in den zu großen Einheitsfront der rechten Elemente der Partei über die „Einheitsfrontierung“ des Kapitalismus, und dementsprechend über die tatsächlichen Methoden, die der neuen halbhaften Era annehmbar sind. Die „Einheitsfrontierung“ wird von diesen Elementen als großes Hindernis angesehen, das dem Proletariat zuviel bedeutet ist, die neue Taktik der Partei aber als Ausdruck der heuchlerischen „linken Vernunft“ angesehen. Es haben ja schon im Moment des verhängnisvollen Kampfes in Deutschland 1919, im Oktober 1923, diese Taktik verschleht. Und in dieser Fragestellung, ebenso wie in der Fragestellung der Ultralinken, liegt eine anti-ultralinken, anti-ultralinken und anti-bolschewistische Taktik, die den konkreten Situationen in keiner Weise Rechnung trägt. Die Reden wollen wohl die Taktik der Verleumdung der verhängnisvollen revolutionären Entwicklung herauszuerkennen und auf die Elemente des Proletariats auszuweisen, die Zinken aber, welche die Taktik der Ultralinkenperiode auf die Partei selbst, in dem zu großen Vorbereitung der Revolution übertragen, und durch diese anti-bolschewistische Fragestellung gleichen beide Tendenzen einander, ungeachtet ihrer äußeren Unterschiede, wie die fraktionelle Zwillinge. Die denen wird mehr Gefahr, als die Zukunft in sich. Die rechten Arbeiterbewegungen werden sich nicht schon leicht entziehen, dann offenbaren, wenn die Partei es nicht bald tut, von der „neuen Taktik“ zur alten erprobten Taktik des Ultralinken überzugehen.

Die Garantie gegen die Gefahren.

Wo aber liegt die Garantie gegen diese Gefahren, welche auf uns von zwei Seiten eindringen? Es sind das die schweren Lehren, die das deutsche Proletariat in der Oktober-Revolution an eigenen Körper erfahren hat, es ist das auch die Festigkeit der Durchführung der einheitsfrontigen Linie seitens der Partei, welche die Garantie gegen diese Gefahren ist. Und eine der wichtigsten Garantien liegt im engen Kontakt der deutschen Partei mit der kommunistischen Partei. Wenn es wirklich Leute gibt, die tatsächlich annehmen, daß die Kommunisten, welche angeblich die verhängnisvolle Brücke zwischen den Parteien bilden, die deutsche Partei mit der kommunistischen Partei verbinden, so haben sie in der kommunistischen Partei nichts zu suchen. Ihr Platz ist in der Gruppe derer und Kommunisten, welche, wie bekannt, gegenwärtig außerhalb der Reihen der Arbeiterbewegung stehen. Aber ich möchte annehmen, daß in der deutschen kommunistischen Partei keine solchen Leute sind, keine solchen Leute sein können — und im Gegenteil, die kommunistische Partei wird sich bemühen, es besteht aber noch eine ernste Garantie, über die ich zum Schluß noch einige Worte sagen will. Das ist die Zusammenfassung der leitenden Parteifunktionen.

Gegen den Fraktionismus.

Als Hauptprinzip bei der Zusammenfassung des leitenden Parteiparates von oben bis unten muß eine bestimmte politische Linie, nicht aber die alten fraktionellen Verbindungen der Frankfurter Periode, die dem inneren Inhalt der Partei nicht mehr entsprechen, anzuordnen werden.

Die leitende Linie der Partei muß ein solches Ziel sein, das die gesamte Partei vor sich hat, die dem Offener Parteiing vorgeht, haben, sich dazu auszusprechen, daß in die leitenden Funktionen der Partei nur diejenigen gewählt werden können, die früher in Opposition zum Frankfurter Parteitag standen. Die Annahme eines solchen Vorstoßes ist natürlich die leitende Parteiing in eine Halle verbannt, durch die der sich einschleichen Partei auf Grund ihrer früheren Verdienste einfluß die Parteiführung auszuüben wird.

Genossen! In seiner Partei wurde so ähnliches Ziel erreicht. Hätten wir in der Partei einen solchen Vorstoß gemacht, denn hätten wir in der Partei einen solchen Vorstoß gemacht, größere Verdienste vor der Arbeiterklasse hätten, als die Genossen sind, von der Parteileitung entfernt werden können. Das heißt natürlich Fraktionismus bis zur Unkenntlichkeit zu treiben. Die russische kommunistische Partei ist durch ihren entscheidenden Kampf gegen alle Arten von Fraktionen gesichert. Aber in ihrem Zentralkomitee, außer den leitenden Gruppen, gibt es viele Genossen aus den leitenden Gruppen, welche in einzelnen Fragen anderer Meinung waren als die Mehrheit der Partei. Wir glauben, daß Versuche solcher Art seitens der Partei, welche auszuüben sind, an die Vergangenheit zu appellieren, wie die Partei ihre gegenwärtigen Aufgaben bewältigen zu lassen, von Parteiing mit Genossenschaft, würde werden. Gegenwärtig braucht die Partei sehr notwendig die die Veränderung der alten Fraktionsgruppen, aufbauend auf Grund der freundschaftlichen Arbeit aber beruhen, die die Partei ein für allemal ihre politische Linie annehmen und sie unpolitisch festhalten in dem Reichen der Arbeiterklasse durchzuführen. Wir werden zusammen mit der deutschen Partei fraktionelle Arbeiterkämpfe.

Die Partei, welche seit dem Frankfurter Parteitag so viel gelernt hat, ihre Reihen geschäft hat, die die alten partikularen Tendenzen der einzelnen Parteiführer überwinden hat, kann sich den Versuch leisten, auszuführen Fraktionismus, indem sie in sich das Beste, was die Arbeiterbewegung im Laufe vieler Jahre ihres Kampfes gesammelt hat aufnimmt. Wir glauben, daß der Parteitag diesen freundschaftlichen Kampf der Partei gegen die alte Taktik der Partei mit voller Bereitwilligkeit annehmen und die neue Zentrale ihn durchführen wird.

Es lege die kommunistische Partei Es lege der 10. Parteitag (Zentraler konstantholter Parteitag)

2. Verhandlungstag.

Vormittagsitzung.

Vorsitzender Plek gibt die organisatorischen Maßnahmen der Tagung bekannt.

Genossen, es sind hier noch anwesend die Vertreter der folgenden Fraktionen: russische, polnische, tschechische, schwedische, österreichische, böhmische und schweizer Arbeiterpartei berichten auf eine Veräußerungsfrage, die den Parteitag den Gruß ihrer Organisation und wünschen den Beratungen des Parteitag, den sie mit großem Interesse verfolgen, den besten Verlauf. (Weiß.) Zur der Bericht der schwedischen Partei wünscht eine Anrede an den Parteitag, die sie nicht ablehnen will. Der Vorgang, die sich dort in der letzten Zeit abgespielt haben, ist von großer Bedeutung für die Frage des schweizerischen Proletariats. Ich sehe ähnlich die Berichte der Bourgeoisie, auf denen der proletarischen Massen ihre Macht zu besetzen.

